

A

**Fraktion  
Zentrum  
Unabhängige Linke Liste**  
*sozial - demokratisch - ökologisch*

im Rat der Stadt Korschenbroich

ULLI / Zentrum im Rat der Stadt Korschenbroich \* c/o Rechtsanwalt B.Makowiack  
Am Stepprather Hof 36 \* 41352 Korschenbroich

An den Vorsitzenden des Hauptausschusses  
Herrn Bürgermeister Marc Venten  
Sebastianusstr. 1  
**41352 Korschenbroich**

c/o Rechtsanwalt B.Makowiack  
Ratsmitglied ULLi

Am Stepprather Hof 36  
41352 Korschenbroich

Telefon ▶ 02161 / 40 26 50  
Fax ▶ 02161 / 40 26 60  
D2 ▶ 0172 / 204 66 78  
@-Mail ▶ B.Makowiack@arcor.de

[www.ulli-rheinkreisneuss.de](http://www.ulli-rheinkreisneuss.de)

Korschenbroich, den 13.11.2016

Aktenzeichen:

Ihr Zeichen:

**Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich am  
15.11.2016**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Venten,

im Namen der Fraktion Zentrum/ULLi bitte ich darum, die folgenden Anregungen zu berücksichtigen:

- 1. Die Stadt Korschenbroich schlägt künftig keine offenstehenden Forderungen mehr nieder oder verzichtet auf die Möglichkeit der Beitreibung; Stundungen sind bei Erfolgsaussicht ausdrücklich erlaubt.**

**Begründung:** Die Stadt befindet sich im Stärkungspakt und muss den Haushalt konsolidieren. Es kann der Bevölkerung nicht verständlich gemacht werden, dass einerseits Steuererhöhungen erfolgen und/oder freiwillige Aufgaben gestrichen werden und andererseits Schuldnern quasi Steuergeschenke gemacht werden. Es muss darauf geachtet werden, dass offene Forderungen tituliert werden und innerhalb der Möglichkeiten von 30 Jahren beigetrieben werden.

Die Stadt listet auf, auf welche Gesamtbeträge in den letzten Jahren (Gesamtsumme p.a.) verzichtet wurde ohne Angabe persönlicher Daten der Schuldner.

**Es werden Energiepolitische Massnahmen eingeleitet, die mittel- und langfristig den Haushalt entlasten:**

- 2.1. so werden die alten Strassenlaternen mit stromeffizienten LED-Birnen ausgestattet, sofern noch nicht geschehen**
- 2.2. Photovoltaeanlagen, Wärmepumpen und weitere energetische Massnahmen werden für die Beheizung des Schwimmbades bereitgestellt.**

**Begründung:** Mittlerweile gibt es zur Beheizung eines Schwimmbades Möglichkeiten, die den Energieverbrauch kostenmäßig um bis zu 40 % reduziert (gelieferte Heizstäbe wie zB in der Stadt Duisburg und dortigen Nachbargemeinden erfolgreich praktiziert). Für unsere Stärkungspakt-Gemeinde sind derartige Maßnahmen schnell umzusetzen.

Gleiches gilt für die Umrüstung der Strassenlaternen auf LED-Lampen mit einem Sparpotential von bis zu 90 % der Stromkosten.

- 3. Den Ratsmitgliedern und den Mitgliedern der Ausschüsse werden Tablets zur Verfügung gestellt, so dass erhebliche Kosten zur Informationsbeschaffung entfallen.**

**Begründung:** Zur Information der vorgenannten Mitglieder entstehen der Stadt erhebliche fortlaufende Kopiekosten (Kopiergerät, Toner, Papier, Briefumschläge, Manpower) und fortlaufende Betriebskosten des PKW (Abschreibung, Abnutzung, Sprit, Manpower, Versicherung). Gegengerechnet entstehen einmalig die Anschaffungskosten für die papierlose Unterrichtung, die jedoch umgehend laufende Einsparmaßnahmen auslösen. Bei etwa 200 Euro Anschaffungskosten pro internetfähigem Gerät liegt ein recht erhebliches Sparpotential. Sollte der eine oder andere der Ratsmitglieder nicht ein 200 Euro Samsung Tablet beziehen wollen, so kann ein höherwertiges Gerät angeschafft werden bei entsprechender Zuzahlung des Einzelnen. Wir befinden uns im Zeitalter des Internets, so dass von jedem Arbeitnehmer verlangt wird sich fortbildend anzupassen. Nichts Anderes kann und darf für unsere Mitglieder gelten.

- 4. Die in Betracht gezogene Schaffung einer weiteren Stelle für die Wirtschaftsförderung wird nicht umgesetzt.**

**Begründung:** bezugnehmend auf Position 1 wollen wir gewerbestarke und gesunde Unternehmen haben, die entsprechende Einnahmen für den Haushalt generieren. Die maroden Unternehmen sollen die Gewerbeflächen für neue Unternehmen freimachen (ggfls.

ngenermaßen); weitere Gewerbeflächen sind generell auf die Schnelle nicht auszuweisen und dann zunächst auch nicht dringend notwendig. Daher ist eine Ausweitung dieser Dienstleistung nicht erforderlich.

**5. Künftig werden Gutachten nur im äußersten Notfall außer Hause vergeben; die Kosten der externen Gutachten sind erheblich und müssen weitestgehend eingespart werden.**

**Begründung:** Fachwissen ist im Hause der Verwaltung der Stadt Korschenbroich zu genüge vorhanden. Sollte die Personaldecke zu dünn sein um derartige Aufgaben abzudecken (was nach den Ausführungen der GPA nicht der Fall ist) sollte ein Betriebswirtschaftler mit entsprechendem Background eingestellt werden, dessen Personalkosten sich schon bei 1 oder 2 erstellten Gutachten im Jahr selbst trägt. Jedes weitere Gutachten entlastet das Budget des Personalhaushaltes.

**6. Das Personal muss effizienter und zeitlich gestrafft eingesetzt werden.**

**Begründung:** seit dem Frühjahr dieses Jahres werden Brücken am Jüchener Bach Instand gesetzt; d.h. zunächst abgerissen und dann neu gebaut. Auf entsprechende Nachfrage, wann die Wege der Bevölkerung wieder zur Verfügung gestellt werden kam die lapidare Auskunft der Stadtverwaltung... *man befände sich im Zeitplan*. Für 3 Brücken in den Feldern fast ein dreiviertel Jahr Zeitfenster anzusetzen – wobei eine Ende der Massnahmen nicht bekannt gegeben wurden - , entspricht m.E. gerade nicht dem Grundsatz einer wirtschaftlichen Handlungsweise.

**7. die Stadt geht Meldungen der Bevölkerung über Umweltfrevel verstärkt nach, ermittelt die Verursacher und nimmt Gelder aus den zu erlassenen Strafen / Owi ein.**

**Begründung:** es werden vermehrt Meldungen über illegale Abfallentsorgung gemeldet. Auch Abfallsäcke mit Hausmüll finden sich vermehrt in den Feldern und Wäldern Korschenbroichs bis hin zu Lacken, Chemikalien und Giften. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden; ein Zeichen gesetzt werden, dass eine illegale Entsorgung mehr kosten wird als eine legale Müllverklappung. Neben der Strafe müssen die Umweltsünder auch die Kosten für die Ersatzvornahme der öffentlichen Hand tragen. Notfalls muss eine „Umweltpolizei“ eingerichtet werden und auch in Kauf genommen werden, dass die Güterabwägung zwischen dem

Datenschutz der Umweltsünder und dem Interesse der Allgemeinheit an einer intakten Umwelt, immer zugunsten der Umwelt ausfällt.

- 8. Der Forstbewirtschaftungsplan wird kostenmäßig angepasst, so dass die dort aufgelisteten Massnahmen aufwendungsneutral durchgeführt werden können.**

**Begründung:** die zurückliegenden Jahre haben bei dieser Position immer ein starkes Defizit aufgewiesen von etwa 45.000 Euro jährlich. Einnahmen durch verbilligte Holzpreise stehen teuren Instandhaltungsmaßnahmen, Hege und Pflege der ländlichen Randbereiche entgegen. Die Regelung muss den Gegebenheiten angepasst werden. 45000 Euro weniger Defizit ist für eine Kommune wie unsere nicht unerheblich.

- 9. Die Grundsteuer A wird prozentual der bisherigen und geplanten Erhöhung der Grundsteuer B angepasst.**

**Begründung:** seit den Grundsteuererhöhungen 2009 und künftig bis 2021 wurde und wird gerne eine gleiche Erhöhung der Grundsteuer A gar nicht oder nur minimal durchgeführt. Aus dem grundgesetzlichen Gleichbehandlungsgrundsatz kann eine derartige Ungleichbehandlung nicht nachvollzogen werden.

Für die Fraktion ULLi/Zentrum Korschenbroich, 13.11.2016

B.Makowiack  
Rechtsanwalt